

A stylized world map composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red. The map is centered on the Atlantic Ocean, showing the Americas on the left and Europe/Africa on the right.

## ALBA –

### Ein alternatives Integrationsmodell zwischen Schein und Sein

CLAUDIA DETSCH  
Juni 2010

- Kaum ein regionales Integrationsbündnis ruft so unterschiedliche Einschätzungen und Erwartungen hervor wie die durch linke lateinamerikanische Regierungen geprägte *Alianza Bolivariana para los pueblos de Nuestra América* – ALBA. Bestehend seit 2004, umfasst das Bündnis derzeit Venezuela, Kuba, Bolivien, Nicaragua, Ecuador, Dominica, Antigua und Barbuda sowie Sankt Vincent und die Grenadinen.
- Die Einschätzungen zu ALBA stehen sich innerhalb wie außerhalb Lateinamerikas diametral gegenüber. Die Befürworter sehen in ALBA tatsächlich die Morgenröte regionaler Integration, eine linke Bündnisalternative abseits ökonomischer Abhängigkeiten und asymmetrischer Entscheidungsfindungen. Kritikern dagegen gilt ALBA als reines Machtbündnis zur Durchsetzung der ureigenen Interessen des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez – die übrigen Mitglieder fungieren in dieser Lesart als mit Erdöl entlohnte Erfüllungsgehilfen chavistischer Allmachtsansprüche.
- Eine objektive Charakterisierung und Einordnung des Bündnisses indes fällt nicht leicht. Die Gründe dafür sind vielfältig: Zum einen ist der juristische und institutionelle Organisationsgrad überaus schwach; es ist wenig transparent, welche angekündigten Projekte tatsächlich umgesetzt werden; viele Entwicklungen vollziehen sich eher auf der Diskursebene denn in realer Politik; und nicht zuletzt ist der Einfluss von Venezuelas Präsidenten Hugo Chávez auf die Entwicklung des Bündnisses enorm, so dass eine Unterscheidung zwischen venezolanischer Außenpolitik und tatsächlichen ALBA-Projekten nicht leicht fällt.



Der Ursprung von ALBA geht zurück ins Jahr 2004, als am 14. Dezember in Havanna die Gründung des Bündnisses durch Fidel Castro und Hugo Chávez erfolgte. Die Bezeichnung ALBA stand damals für *Alternativa Bolivariana para los pueblos de Nuestra América*. Die beiden Staatshäupter schufen das Bündnis als Alternative zur geplanten gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA (Acuerdo de Libre Comercio de las Americas). Die US-Regierung unter George Bush hatte die ALCA-Initiative bereits 1991 erstmals vorgestellt, konnte die lateinamerikanischen Staaten jedoch nicht zur Teilnahme bewegen. Am 29. April 2006 dann unterzeichneten Castro und Chávez gemeinsam mit Boliviens Staatspräsident Evo Morales den »tratado de comercio de los pueblos – Vertrag zum Handel der Völker«, ein Konzept alternativer Handelsverträge. Ziel dieses Vertrags ist die Intensivierung des Austausches von Gütern und Dienstleistungen abseits der üblichen Marktmechanismen. Nicht Wettbewerb, sondern Solidarität solle die Beziehungen untereinander prägen. Boliviens Präsident Evo Morales bezeichnete ALBA 2009 als Gewerkschaft revolutionärer Präsidenten, die gemeinsam gegen den Imperialismus und für die Souveränität der Völker aktiv seien. Zudem trete man für die Einheit der Region und die Verteidigung der natürlichen Ressourcen ein, auf dass diese nie wieder imperialistischen und transnationalen Interessen in die Hände fallen könnten. Hugo Chávez attestierte ALBA im vergangenen Jahr »Fortschritte bei der Exorzierung der imperialistischen Doktrin«.

Angelegt ist ALBA als Grundstock einer gesamt-lateinamerikanischen Einheit. Diese gilt den Präsidenten der ALBA-Staaten als alternativlos, um die Vorherrschaft der USA zu brechen und die Souveränität des Südens zu garantieren. Die Notwendigkeit einer verstärkten regionalen Integration wird auch durch die übrigen lateinamerikanischen Regierungen anerkannt. Tatsächlich existiert heute in Lateinamerika eine Vielzahl von Integrationsinitiativen nebeneinander. Auch die ALBA-Staaten sind sämtlich Mitglieder in weiteren Allianzen. Mit der Abgabe nationaler Souveränität an regionale Bündnisse allerdings tut sich die Region noch schwer. Auch die linken Regierungen pflegen einen ausgesprochen nationalistischen Diskurs, der mit dem Aufbau supranationaler Institutionen schlecht in Einklang zu bringen ist. Die Garantie der nationalen Souveränität und die Verteidigung nationaler Interessen gelten ihnen als zentrale Elemente linker Politprojekte. Diese Überzeugung findet sich auch in der Entwicklungsideologie ALBAs wieder.

## Sozialismus und Antiimperialismus als Einigungsmythos

Als klassisches Integrationsbündnis kann ALBA nicht gelten. Der jüngeren Entwicklung in Lateinamerika aber entspricht es durchaus, orientiert sich die Region doch an stark politisch motivierten Bündnissen. Die Konzentration auf wirtschafts- und handelspolitische Ziele ist in den Hintergrund getreten. In dieser Linie sind auch die Unión de Naciones Suramericanas – Unasur und die jüngst angekündigte Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños zu sehen. Die politische Motivation tritt bei ALBA noch klarer zutage als bei den übrigen lateinamerikanischen Bündnissen. Zentraler Orientierungspunkt ist zumindest für Venezuela, Bolivien, Ecuador und Nicaragua der »Sozialismus des 21. Jahrhunderts«. Die ideologische Basis umfasst zudem das Bekenntnis zu Nationalismus und Antiimperialismus, zu antiliberaler Wirtschaftspolitik und sozialem Assistenzialismus. Gemeinsam ist den Mitgliedstaaten auch das rhetorische Bekenntnis zu mehr partizipativer Demokratie, verbunden mit einem Angriff auf die Institutionen der repräsentativen Demokratie, gelten diese doch als Bastionen des politischen und wirtschaftlichen Establishments. All diese entwicklungspolitischen Überzeugungen spiegeln sich im ALBA-Integrationskonzept wider. Die Interessen der kleineren karibischen Mitglieder Dominica, Antigua und Barbuda sowie Sankt Vincent und Grenadinen dagegen finden sich eher im ökonomischen als im politischen Bereich, winken durch die ALBA-Mitgliedschaft doch verbilligte Öllieferungen sowie Kooperationsabkommen mit Venezuela. Aber auch für Bolivien, Kuba und Nicaragua sowie in geringerem Maße für Ecuador sind die Transaktionsleistungen aus Caracas wirtschaftlich bedeutsam. Für Venezuelas Präsidenten Hugo Chávez wirkt ALBA als geopolitische Machtbasis. Er nutzt das Bündnis, um seinen politischen Einfluss in der Region zu konsolidieren. Die verbilligte Lieferung venezolanischen Erdöls an die Mitgliedstaaten entfaltet hier große Attraktivität – auf kaum ein Bündnis dürfte die Bezeichnung der Scheckbuchdiplomatie so zutreffen wie auf ALBA. Materielle Gewinne stehen für Chávez nicht im Vordergrund; ihm geht es um die Betonung der gemeinsamen lateinamerikanischen Identität sowie den Aufbau eines Gegenpols zu den Vereinigten Staaten. Der herrschenden wirtschaftlichen Asymmetrie und der mangelnden Institutionalisierung wegen wäre ALBA ohne die Finanzspritzen aus Caracas nicht existenzfähig. Kubas Rolle innerhalb des Bündnisses ist ambivalent; einerseits gilt Fidel Castros Kuba nicht nur den ALBA-Regierungschefs,



sondern auch großen Teilen ihrer Anhängerschaft als die linke Ikone des Widerstands gegen die USA. Für die Außenwirkung ALBAs und die gemeinsame anti-kapitalistische Identität ist Kubas Mitgliedschaft zweifelsohne bedeutsam. Andererseits hält sich die Regierung in Havanna auffällig zurück mit Verlautbarungen zum anti-imperialistischen Auftrag des Bündnisses oder mit politischer Einflussnahme in anderen Ländern der Region, wie Chávez sie ausübt. Erkennbar möchte Raul Castro das Bündnis nicht einsetzen, um Kubas Sichtbarkeit auf der internationalen Bühne zu erhöhen. Zweifelsohne aber wäre der Karibikstaat ohne die Öllieferungen und Kredite aus Venezuela wirtschaftlich am Ende, das fünfzigjährige revolutionäre Projekt der Gebrüder Castro würde Geschichte. Die Abhängigkeit der Castros gegenüber Hugo Chávez ist noch unmittelbarer als die Boliviens oder Nicaraguas.

### Soziale Errungenschaften und institutionelle Defizite

Sechs Jahre nach seiner Gründung weist ALBA noch immer erhebliche Institutionalisierungsdefizite auf. Es gibt weder einen Verfassungsvertrag noch klar definierte Regeln zur Entscheidungsfindung oder Streitschlichtung. Bislang ist die gesamte Allianz stark auf die persönliche Beziehung der Präsidenten ausgerichtet. Gemeinsame Treffen zwischen ihnen finden im Dreimonatstakt statt (die Ministerkomitees zu Sozialem, Politik und Wirtschaft treffen sich monatlich). Zudem besteht die überwiegende Anzahl an Abkommen und Verträgen zwischen der venezolanischen Regierung und den Regierungen der übrigen Mitgliedstaaten auf bilateraler Ebene. Caracas hat abseits der rhetorischen Ebene erkennbar kein Interesse an einer Institutionalisierung ALBAs. Die ecuadorianische Regierung hingegen strebt durchaus eine – nicht durch Venezuela gesteuerte – Institutionalisierung des Bündnisses an. Quito kann sich gar vorstellen, innerhalb ALBAs als Gegengewicht zu wirken – immerhin steht Ecuador nicht in einer vergleichbaren ökonomischen Abhängigkeit von Venezuela wie die übrigen Mitglieder. Die Integration des Bündnisses wird auf wirtschaftlicher, politischer und sozialer Ebene angestrebt. Die Regierungen Boliviens und – in schwächerem Maße – Ecuadors verleihen innerhalb von ALBA zudem den Belangen der Umwelt größere Bedeutung. Ziele sind gerechter Handel, Schutz der Umwelt sowie eine gemeinsame Währung. Die Ausweitung der Handelsbeziehungen steht

weit oben auf der Agenda. Der Handel zwischen den ALBA-Mitgliedern soll gerecht, solidarisch und komplementär sein; Ziel ist die Überwindung der herrschenden Asymmetrie. Weitere zentrale Felder der Kooperation sind Energie, Infrastruktur, Landwirtschaft, Bildung und Gesundheit. Die Bilanz der Kooperation fällt bislang gemischt aus. Gemeinsame Projekte in den Bereichen Energie und Infrastruktur werden sehr öffentlichkeitswirksam angekündigt, sind häufig aber wenig funktionell. In den Bereichen Bildung und Gesundheit verwirklicht ALBA dagegen Kooperationsprojekte, die tatsächlich spürbare Verbesserungen im Leben zuvor marginalisierter Bevölkerungsgruppen bedeuten. Die Regierungen der ALBA-Mitgliedstaaten vermitteln hier nachhaltig und überzeugend den Eindruck, soziale Probleme ernst zu nehmen und anzugehen.

Gemeinsame Institutionen in und rund um ALBA erstrecken sich auf drei wesentliche Teilbereiche. Der bereits skizzierten entwicklungspolitischen Orientierung entspringt *PetroAmérica*, ein durch Chávez angestoßenes Projekt zur Sicherung der energetischen Souveränität Lateinamerikas. Die Integration im Energiebereich stellt bislang das zentrale Betätigungsfeld ALBAs dar. Die energiepolitische Plattform *PetroAmérica* umfasst die drei subregionalen Projekte Petrosur (mit Argentinien, Brasilien, Venezuela, und Uruguay), Petrocaribe (14 karibische Staaten inklusive Venezuela) sowie Petroandina (Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Peru und Venezuela). Mit diesen Initiativen sollen spekulativ und geopolitisch motivierte Einflüsse von außen unterbunden, die regionale Energie-Souveränität gesichert sowie die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Lateinamerikas vorangetrieben werden. Die solidarische und komplementäre Verwendung der natürlichen Ressourcen gilt als oberstes Prinzip.

Die gemeinsamen Projekte ALBAs im Bereich *Handel und Wirtschaft* basieren beinahe gänzlich auf der Kooperation von Ministerien, Staatsunternehmen sowie von sich in der Gründungsphase befindlichen multinationalen Staatskonzernen, *empresas grannacionales* genannt. Dies spiegelt die Entwicklungsideologie der wichtigsten Mitgliedstaaten wider – die dem Sozialismus des 21. Jahrhunderts verbundenen Regierungen setzen auf einen starken Staat, privatwirtschaftliches Engagement gilt ihnen bestenfalls als vernachlässigungswürdig. Die Gewinne der Staatsunternehmen sollen insbesondere der Armutsbekämpfung sowie dem Ausbau von Infra-



struktur und industrieller Basis dienen. Im Oktober 2009 wurde die Gründung von ALBAEXIM verkündet, einer Handelsinstitution, die den Handel zwischen den Mitgliedstaaten fördern soll.

Auch die *monetäre Integration* möchte ALBA vorantreiben. Im Oktober 2009 unterzeichneten die Regierungschefs der ALBA-Mitgliedstaaten den Vertrag zur Einführung des Sucre (Kurzform für Sistema Unificado de Compensación Regional). Die virtuelle Währung gilt als Instrument auf dem Weg zu währungs- und finanzpolitischer Souveränität und der angestrebten Unabhängigkeit vom US-Dollar. Der Sucre soll auch ein erster Schritt auf dem Weg zu einer gemeinsamen Währung sein. Die Ausdehnung auf weitere Staaten Lateinamerikas ist erklärtes Ziel. Zu Beginn des Jahres 2010 wurden die ersten Abrechnungen über diese virtuelle Währung getätigt. Eine Bank zur Finanzierung gemeinsamer Projekte in den Bereichen Wirtschaft, Erziehung, Kultur und Gesundheit wurde bereits 2008 gegründet, die Banco de ALBA. Diese Instrumente gelten den Mitgliedsregierungen als wichtige Bausteine einer neuen regionalen Finanzarchitektur, deren Ziel die Unabhängigkeit Lateinamerikas von den USA und den Bretton-Woods-Institutionen ist. Gründungsmitglieder der Banco de Alba sind Venezuela, Kuba, Nicaragua und Bolivien. Das Gründungskapital beträgt eine Milliarde US-Dollar, beigesteuert durch die Mitgliedstaaten gemäß ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit – der weitaus größte Anteil stammt daher naturgemäß aus Venezuela. Ihren Sitz hat die Bank denn auch in Caracas, eine Filiale gibt es bislang in Havanna, weitere Filialen in Bolivien, Nicaragua und in der Karibik sind geplant. Derzeit werden rund 85 Millionen US-Dollar in diversen Integrationsprojekten durch die Bank verwaltet, im Vordergrund stehen die Bereiche Gesundheit, Kultur und Energie. Die Banco de Alba soll insbesondere die Nutzung des Sucre zwischen den Mitgliedstaaten befördern.

Die Fakten entsprechen indes bislang nicht immer der Rhetorik. So hat ALBA-Mitglied Ecuador in den vergangenen Jahren signifikante Rückgänge seiner Industriegüterexporte nach Venezuela hinnehmen müssen. Bestehende Asymmetrien werden sich so nur schwerlich überwinden lassen. Auch die Tatsache, dass ecuadorianische Exporteure für ihre nach Venezuela gelieferten Güter nicht bezahlt wurden, brachte die Regierung Correa 2009 in Erklärungsnot und machte eine direkte Intervention beim venezolanischen Präsidenten nötig.

Überhaupt ist ALBA de facto unter ökonomischen Gesichtspunkten bislang nicht mehr als die Ansammlung bilateraler Beziehungen Venezuelas zu den übrigen Mitgliedern. Gemeinsame Handelsmechanismen konnten bislang nicht etabliert werden. Kritisch muss zudem hinterfragt werden, ob die einstige Abhängigkeit der Mitgliedstaaten von den USA nun nicht schlicht durch eine Abhängigkeit von Venezuela ersetzt wird. So macht der Handel zwischen Venezuela und den übrigen Mitgliedstaaten einen Großteil des gesamten Handelsvolumens innerhalb ALBAs aus. Die Handelsbeziehungen zwischen den übrigen Mitgliedstaaten dagegen sind praktisch irrelevant. So exportierte Ecuador im Jahre 2009 Güter im Wert von je rund zehn Millionen US-Dollar nach Kuba und Bolivien – nach Venezuela hingegen wurden Waren im Wert von rund 540 Millionen US-Dollar exportiert ([www.portal.bce.fin.ec/](http://www.portal.bce.fin.ec/)). Bolivien exportierte Waren im Wert von 20 Millionen US-Dollar nach Ecuador und im Wert von 160.000 US-Dollar nach Nicaragua – dem steht ein Exportwert von 285 Millionen US-Dollar nach Venezuela gegenüber ([www.ibce.org.bo](http://www.ibce.org.bo)). Einzig Bolivien weist mit Venezuela eine positive Handelsbilanz auf; die übrigen Länder importieren weitaus mehr aus Venezuela als sie selbst dorthin exportieren ([www.bancoex.gov.ve](http://www.bancoex.gov.ve)).

## Antipode USA

Die vermeintliche Bedrohungslage durch eine mögliche Invasion der US-amerikanischen Streitkräfte gilt ebenfalls als gemeinsame Basis ALBAs. Eine solche Invasion drohe, da die USA das sozialistische und anti-imperialistische Gegenmodell unterminieren sowie sich den Zugang zu den kostbaren Rohstoffen der ALBA-Mitglieder sichern wollten, so die Argumentation. Die permanenten Hinweise auf vermeintliche Bedrohungszustände sowohl für das gesamte Bündnis als auch für die Regierungen der einzelnen Mitgliedstaaten dienen der Geschlossenheit des Bündnisses. Nahrung erhielten diese Befürchtungen im vergangenen Jahr durch den Putsch in Honduras sowie die Übereinkunft zwischen der kolumbianischen und US-amerikanischen Regierung über die Nutzung kolumbianischer Militärbasen durch das US-amerikanische Militär. Die durch die USA genutzten Militärbasen werden als Gefährdung ganz Lateinamerikas, insbesondere aber als Drohung gegen die ALBA-Mitgliedstaaten aufgefasst. So war in der Lesart der ALBA-Regierungen bereits der Putsch in Honduras das Werk der Vereinigten



Staaten, die auf diese Weise eine weitere Ausbreitung ALBAs unterbinden wollten. Und Kolumbien, der letzte verbliebene enge Verbündete der USA in der Region, gilt als wahrscheinliches Einfallstor einer Invasion. Auch die starke Präsenz US-amerikanischen Militärs auf Haiti nach dem Erdbeben hat die ALBA-Mitglieder aufgeschreckt. Die USA schafften sich damit eine strategisch günstig gelegene Basis zur Invasion in Kuba und Venezuela, so die Befürchtung. Neue Nahrung erhielt der Konflikt zwischen den USA und den ALBA-Staaten durch die jüngsten Auseinandersetzungen über das Verhältnis zum Iran. So erklärte Chávez die kritischen Äußerungen von US-Außenministerin Hillary Clinton zu einer offenen Drohung gegen die ALBA-Staaten.

In der Folge rückten 2009 die Bereiche Verteidigung und Sicherheit stärker in den Fokus der ALBA-Kooperation. Um der Gefahr einer US-amerikanischen Invasion zu begegnen, hat Hugo Chávez die Gründung eines Verteidigungsrats und eine Allianz der Streitkräfte innerhalb ALBAs vorgeschlagen. Im Falle einer Invasion durch die USA solle auf diese Weise eine schnelle und konzertierte Reaktion der ALBA-Mitglieder möglich sein. Im Oktober des vergangenen Jahres unterzeichneten die Staatsoberhäupter der Mitgliedstaaten eine Erklärung über die Bildung eines »Permanenten Komitees der Souveränität und Verteidigung«. Auch die Gründung einer entsprechenden Militärakademie wurde beschlossen. Boliviens Präsident Evo Morales schlug gar die Gründung einer gemeinsamen Streitkraft vor. Diese solle auf Grundlage einer revolutionären und nationalistischen Doktrin der Würde und der Souveränität der Völker dienen. Chávez regte zudem bereits die Generalisierung der zivil-militärischen Beziehungen an. Die Streitkräfte sollen in dieser Lesart zu Protagonisten der sozialen Entwicklung in den ALBA-Mitgliedstaaten werden. Diese Überlegungen und Ankündigungen setzen ALBA in ein schwieriges Verhältnis zu Unasur und insbesondere dem Unasur-Verteidigungsrat. Einerseits befürworten Chávez, Morales und Correa die Vertiefung der regionalen Integration durch Unasur – sie sehen Unasur und ALBA als komplementäre Entwicklungen, die der Unabhängigkeit der Region dienen. Andererseits aber handelt es sich eindeutig um Parallelstrukturen im Verteidigungsbereich, welche die Legitimität und Effizienz des Unasur-Verteidigungsrats beeinträchtigen könnten. ALBA und Unasur liefern hier Zeugnis konfuser Parallelstrukturen der regionalen Integration in Lateinamerika, wo einige der regionalen Foren und Institutionen gar gegensätzliche Wirkungen entfalten.

So wird auch in ecuadorianischen Regierungskreisen anerkannt, dass eine Weiterentwicklung ALBAs im Verteidigungsbereich eine schwere Hypothek für Unasur darstellen könnte.

Trotz aller Ankündigungen und Absichtsbekundungen ist zum jetzigen Zeitpunkt aber auch klar, dass der ALBA-Faktor bzw. die Kooperation mit Venezuela für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Mitgliedstaaten keine signifikante Bedeutung entfaltet. Eine Ausnahme stellt Bolivien dar, das 2006 ein Abkommen mit Venezuela zur technischen Kooperation im Verteidigungsbereich unterzeichnete; 2008 folgte ein Memorandum zur Ausweitung der technisch-militärischen Kooperation. Eine Milizenbildung wie in Kuba und Venezuela erfolgte bislang in den übrigen ALBA-Staaten trotz entsprechender Befürchtungen der Opposition nicht. Auch pflegen die Streitkräfte Nicaraguas und Ecuadors weiterhin gute Beziehungen zum US-amerikanischen Militär. In Ecuador beispielsweise gilt es selbst in Regierungskreisen als ausgemacht, dass man sich eine Konfrontation mit den USA schlicht nicht leisten kann und will.

Ein starker Anti-Amerikanismus bestimmt ungeachtet dessen allerdings die Außenbeziehungen ALBAs, die wesentlich durch Hugo Chávez geprägt werden. Die Folge sind enge Bindungen auch zu autoritären Regierungen. So gelten als privilegierte Partner unter anderem Russland, China, Weißrussland, der Iran und Libyen. Hier wird explizit nach einer Alternative zu den USA in den Bereichen Kooperation, Handel, Rüstung oder Kreditvergabe gesucht, um die bestehenden Abhängigkeiten zu brechen. Gleichzeitig belasten diese Bindungen aber die Außenwirkung des Bündnisses, die ohnehin bereits unter der zunehmend in Diskussion geratenden demokratischen Legitimation der Regierungen zentraler Mitgliedstaaten wie Venezuela, Kuba und Nicaragua leidet. Zudem werden außenpolitischen Interessen auch innenpolitische Überzeugungen geopfert, so bei der Anerkennung Abchasiens und Südossetiens (durch Nicaragua und Venezuela vollzogen, durch Ecuador und Bolivien nicht ausgeschlossen). Die Unterstützung separatistischer Interessen anderswo in der Welt kann die ALBA-Präsidenten in der Heimat durchaus in Erklärungsnöte bringen, muss doch beispielsweise die bolivianische Regierung immer wieder hartnäckige Separationstendenzen abwehren.



## 2009: Ein Jahr der Rückschläge ...

Venezuelas Präsidenten Hugo Chávez gelang es zunächst mit achtbarem Erfolg, mit ALBA eine Integrationsdynamik ganz eigener Natur voranzutreiben. So umfasst ALBA mit Südamerika, Zentralamerika und der Karibik die drei Subregionen Lateinamerikas. Im ersten Halbjahr 2009 befand sich das Integrationsbündnis auf dem Zenit seiner bisherigen Ausdehnung. Mit den Neumitgliedern Ecuador, San Vicente und Granada sowie Antigua und Barbuda gehörten erstmals neun lateinamerikanische Staaten dem Bündnis an (damals zählte auch Honduras noch zu den ALBA-Mitgliedern). Die Gruppe nutzte die Beitritte, um den Übergang von der Alternative zur Allianz zu verkünden. Seither allerdings ist die Erfolgsstory ins Stocken geraten. Der Putsch in Honduras und die innenpolitischen Probleme Venezuelas haben ALBAs Zukunftsaussichten empfindlich eingetrübt. Chávez hatte sich nach dem Putsch massiv eingeschaltet und zugunsten des gestürzten honduranischen Präsidenten Zelaya interveniert. Selbst eine Entsendung venezolanischen Militärs nach Honduras hatte er ins Spiel gebracht. Damit schwächte er zunächst einmal nachhaltig die Vermittlungsbemühungen der Organisation Amerikanischer Staaten. Doch auch Chávez selbst ging geschwächt aus der Situation hervor; insbesondere in Zentralamerika werden seine Äußerungen und Handlungen rund um den Putsch kritisch bewertet – diese hätten den Konflikt eher verstärkt als zu seiner Lösung beizutragen.

Die Wahlsiege der Konservativen in Chile und Honduras haben die ALBA-Führungen nun zusätzlich aufgeschreckt. Für die Region steht in der Folge eine weitere Polarisierung zu befürchten. Zudem scheint die Beitrittsdynamik erst einmal ins Stocken geraten zu sein, die Strahlkraft des Bündnisses auf andere linke Präsidenten hat wahrnehmbar abgenommen. So hat El Salvadors linker Präsident Mauricio Funes wiederholt deutlich gemacht, dass ein Beitritt seines Landes unter seiner Präsidentschaft nicht in Frage kommt. Damit stellte er sich gegen Teile seiner eigenen Partei, der aus der Guerillabewegung hervorgegangenen Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional (FMLN); seine Überzeugung indes scheint firm. Paraguay wurde lange als Beitrittskandidat gehandelt; Präsident Lugo zeigt offen seine Sympathie für das Bündnis. Weite Teile der Bevölkerung und auch des Kabinetts aber stehen einer ALBA-Mitgliedschaft ausgesprochen kritisch gegenüber. Ein Beitritt scheint derzeit daher unwahrscheinlich. Eine

Mitgliedschaft Uruguays oder Argentiniens gilt trotz aller offenen Sympathie der ALBA-Mitglieder für die dortigen Regierungen als ausgeschlossen. Die Präsentation eines ALBA-Kandidaten für den Vorsitz der Organisation Amerikanischer Staaten wurde erörtert, wegen mangelnder Unterstützung durch andere Staaten aber wieder verworfen. Wirklich bedrohen aber kann ALBA derzeit wohl nur ein – unwahrscheinliches – Absacken des Ölpreises. Dieser würde die Scheckbuchdiplomatie innerhalb des Bündnisses unmöglich machen und mittelfristig die Regierung in Caracas selbst in ihrer Existenz gefährden.

## ... und des internationalen Bedeutungszuwachses

Der Schwächung innerhalb der Region steht ein Bedeutungszuwachs auf internationaler Ebene gegenüber. ALBAs Potenzial zum gemeinsamen Vorgehen in multilateralen Fragen wird insbesondere im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen deutlich. Entsprechend der marktkritischen Ideologie der Mitgliedsregierungen lehnt ALBA jegliche Regelungen über Marktmechanismen bei der Bekämpfung des Klimawandels kategorisch ab. Die ALBA-Staaten waren am letzten Verhandlungstag in Kopenhagen maßgeblich daran beteiligt, dass der Kopenhagen-Accord nicht *angenommen*, sondern lediglich *zur Kenntnis genommen* wurde (die Annahme hätte nur einstimmig erfolgen können). Sie warfen der dänischen Konferenzführung Unfähigkeit sowie eine intransparente und undemokratische Verhandlungsführung vor. Dafür wurden sie wechselweise euphorisch gefeiert oder scharf kritisiert (immerhin hatten zahlreiche Entwicklungsländer trotz aller Kritik auf die Annahme des Accords gedrungen). Kopenhagen hat gezeigt, dass mit Venezuelas Präsident Chávez und in der Folge mit ALBA in Fragen der internationalen Klimaverhandlungen zunehmend zu rechnen ist. Dies wurde Ende April zusätzlich durch eine Klimakonferenz im bolivianischen Cochabamba unter Beweis gestellt. Diese »Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde« hatte Boliviens Präsident Evo Morales nach dem Scheitern des Kopenhagen-Gipfels ins Leben gerufen. Anders als in der dänischen Hauptstadt sollten in Cochabamba die Zivilgesellschaft und die indigene Bevölkerung zu Wort kommen, die Diskussion sollte wahrhaft demokratisch ablaufen, so die Organisatoren. Das Abschlussdokument der Konferenz verlangt einen



radikalen Systemwechsel, da anders der Klimawandel nicht zu stoppen sei. Der globale Kapitalismus beruhe auf der Ausbeutung der Naturressourcen und sei daher die eigentliche Ursache des Klimawandels, so die zentrale Botschaft des alternativen Gipfels (dass die Wirtschaftssysteme Boliviens, Ecuadors und Venezuelas maßgeblich auf der Ausbeutung ihrer natürlichen Ressourcen basieren, wurde von kritischen Teilnehmern durchaus zur Sprache gebracht; die Einrichtung einer entsprechenden Arbeitsgruppe innerhalb des offiziellen Programms aber wurde durch die Konferenzleitung unterbunden). Weitere Forderungen des Gipfels sind die Einrichtung eines internationalen Klima- und Umwelttribunals, ein weltweites Referendum über geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels sowie ein bedingungsloser Finanztransfer der Industriestaaten in die Entwicklungsländer in Höhe von sechs Prozent ihres BIP zusätzlich zur herkömmlichen Entwicklungszusammenarbeit. Die Organisatoren des Gipfels um Evo Morales und Hugo Chávez nannten im Vorfeld auch eine Einigung der G77 als ein zentrales Ziel des Treffens. Ge-

meinsam sollten die Entwicklungs- und Schwellenländer den Kopenhagen-Accord zurückweisen und verhindern, dass dieser Grundlage der kommenden Klimaverhandlungen Ende des Jahres in Cancún wird. Dieses Ansinnen aber war schon vor dem Gipfel gescheitert. Mehr als 120 Länder hatten zu diesem Zeitpunkt schriftlich ihre Unterstützung für den Accord beim Internationalen Klimasekretariat in Bonn eingereicht. Darunter finden sich neben den großen internationalen Playern unter den Schwellenländern wie China, Indien, Indonesien und Südafrika auch zahlreiche lateinamerikanische Staaten. Argentinien, Brasilien, Costa Rica und Mexiko haben darüber hinaus bereits freiwillige nationale Aktionspläne zur Emissionsreduktion vorgelegt. Derzeit spricht alles dafür, dass ALBA die internationalen Klimaverhandlungen auch weiterhin nutzt, um sich global als Fürsprecher einer anti-imperialistischen und marktkritischen Strategie zu etablieren. Angesichts des Einstimmigkeitsprinzips bei den UN-Verhandlungen kann das Bündnis sich eine bedeutende Rolle in den Klima-Verhandlungen durchaus sichern.



### Über die Autorin

Claudia Detsch ist Landesvertreterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ecuador und Leiterin des Regionalprojekts »Klima und Energie« in Lateinamerika.

### Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Lateinamerika und Karibik  
Hiroshimastraße 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Dörte Wollrad, Leiterin, Referat Lateinamerika und Karibik

Tel.: ++49-30-269-35-6 | Fax: ++49-30-269-35-9253  
<http://www.fes.de/lateinamerika>

Bestellungen/Kontakt hier:  
[info-lak@fes.de](mailto:info-lak@fes.de)